

Geschichts- und Erinnerungstafel Westerode



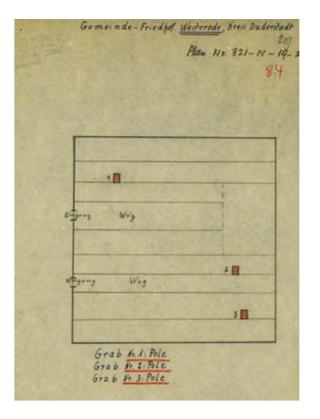
Gemeinsam für den Frieden.

Kriegsgräber in Westerode

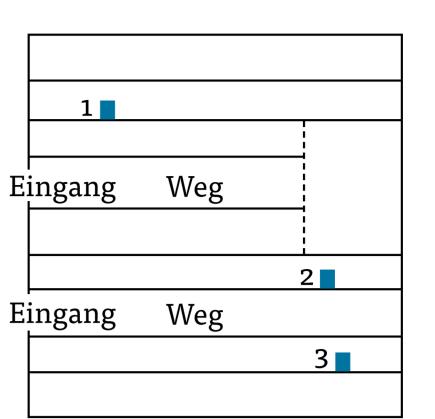
Auf diesem Friedhof ruhen sechs Kriegstote. Drei von ihnen sind deutsche Soldaten. Feldwebel Ewald Kellner erlag im Oktober 1944 seinen Verletzungen im Lazarett in Duderstadt. Der Schütze Hans-Josef Riethmüller war 18 Jahre alt, als er im April 1945 nahe Gera starb. Auf Wunsch seiner Eltern wurde sein Leichnam nach Westerode umgebettet. Der dritte Soldat, Rudolf Bömeke, war Gefreiter und fiel im Dezember 1944 in der Eifel. Auch sein Leichnam wurde nach Westerode überführt.

Außerdem ruhen auf diesem Friedhof der polnische Zwangsarbeiter Caspar Forys (15. April 1895–1. März 1942), das Kind polnischer Zwangs-

arbeiter Johann Kupisz (25. Januar–6. Juni 1943) und die polnische Zwangsarbeiterin Anita Lenardowic (13. Juni 1904–15. August 1943). Ihre Gräber sind jedoch, im Gegensatz zu den Bestimmungen des Gräbergesetzes, nicht als Kriegsgräber gepflegt worden und heute nicht mehr auffindbar. Nur der Grabstein von Anita Lenardowic ist erhalten geblieben. Um die Erinnerung auch an die Zwangsarbeiter wachzuhalten, entschied die Gemeinde Westerode, das Grab von Anita Lenardowic symbolisch wieder herzustellen.



Quelle: Arolsen Archives



Grab Nr 1: Pole Grab Nr 2: Pole Grab Nr 3: Pole

Die Alliierten verlangten nach Kriegsende von den deutschen Gemeinden, dass sie die Gräber von Zwangsarbeitern nachweisen. In diesem Zusammenhang entstand der Plan des Friedhofs Westerode, in dem die Gräber der drei Polen eingezeichnet sind.

Zwangsarbeit für das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Überfall auf Polen. Das nationalsozialistische Deutschland eroberte in den folgenden Jahren fast ganz Europa. Am 8. Mai 1945 endete der Krieg in Europa mit der totalen Niederlage des Deutschen Reiches.

Während dieser Zeit nutzte das nationalsozialistische Deutschland Zwangsarbeit in großem Umfang, um seine Kriegswirtschaft aufrechtzuerhalten. Alle von der Wehrmacht eroberten Länder dienten als Arbeitskräftereservoir. Über 13 Millionen Männer und Frauen wurden zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschleppt. Neben Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen bildeten Zivilisten aus den besetzten Gebieten die größte Gruppe.

Da es nicht gelang, genügend Arbeitskräfte durch freiwillige Anwerbung zu gewinnen, griffen die deutschen Besatzungsbehörden bald auf Zwang und Gewalt zurück. Ganze Jahrgänge wurden zwangsverpflichtet oder bei Straßenrazzien verschleppt. Die Nationalsozialisten bezeichneten die verschleppten Menschen lediglich als "Zivilarbeiter" und verschleierten damit deren tatsächliche Lebenssituation.

Zwangsarbeiter wurden in allen Wirtschaftsbereichen und in privaten Haushalten eingesetzt. Ohne Zwangsarbeit hätte das NS-Regime weder die Versorgung der eigenen Bevölkerung noch die Rüstungsproduktion im Krieg aufrechterhalten können. Gegen Ende des Krieges stellten Zwangsarbeiter fast die Hälfte der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, ein Drittel in der Rüstungsindustrie und im Bauwesen sowie ein Viertel im Bergbau.



Plakat, mit dem die deutschen Besatzungsbehörden in Polen Arbeitskräfte für den Einsatz in Deutschland anwerben wollten: "Wir fahren zur landwirtschaftlichen Arbeit nach Deutschland! Melde dich sofort bei deinem Ortsvorsteher!"

Quelle: Staatsarchiv Radom

Fritz Sauckel, Gauleiter von Thüringen und ab März 1942 "Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz", war für die Deportation von Millionen von Zwangsarbeitern nach Deutschland verantwortlich. Im Juli 1944 erklärte er in seinen "Kriegsgrundsätzen für den Arbeitseinsatz":

"Es darf heutzutage kein besetztes Gebiet mehr geben, in dem nicht die Dienstverpflichtung für Deutschland das Selbstverständlichste von der Welt ist. Wir werden darum die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen. Jede Waffe, jedes Geschütz, jeder Panzer und jedes Flugzeug, durch den Arbeitseinsatz im Rhythmus der Front mehr und schneller beschafft, bringt uns den Sieg näher." Quelle: Ausstellung Zwangsarbeit im Nationalsozialismus, Weimar.

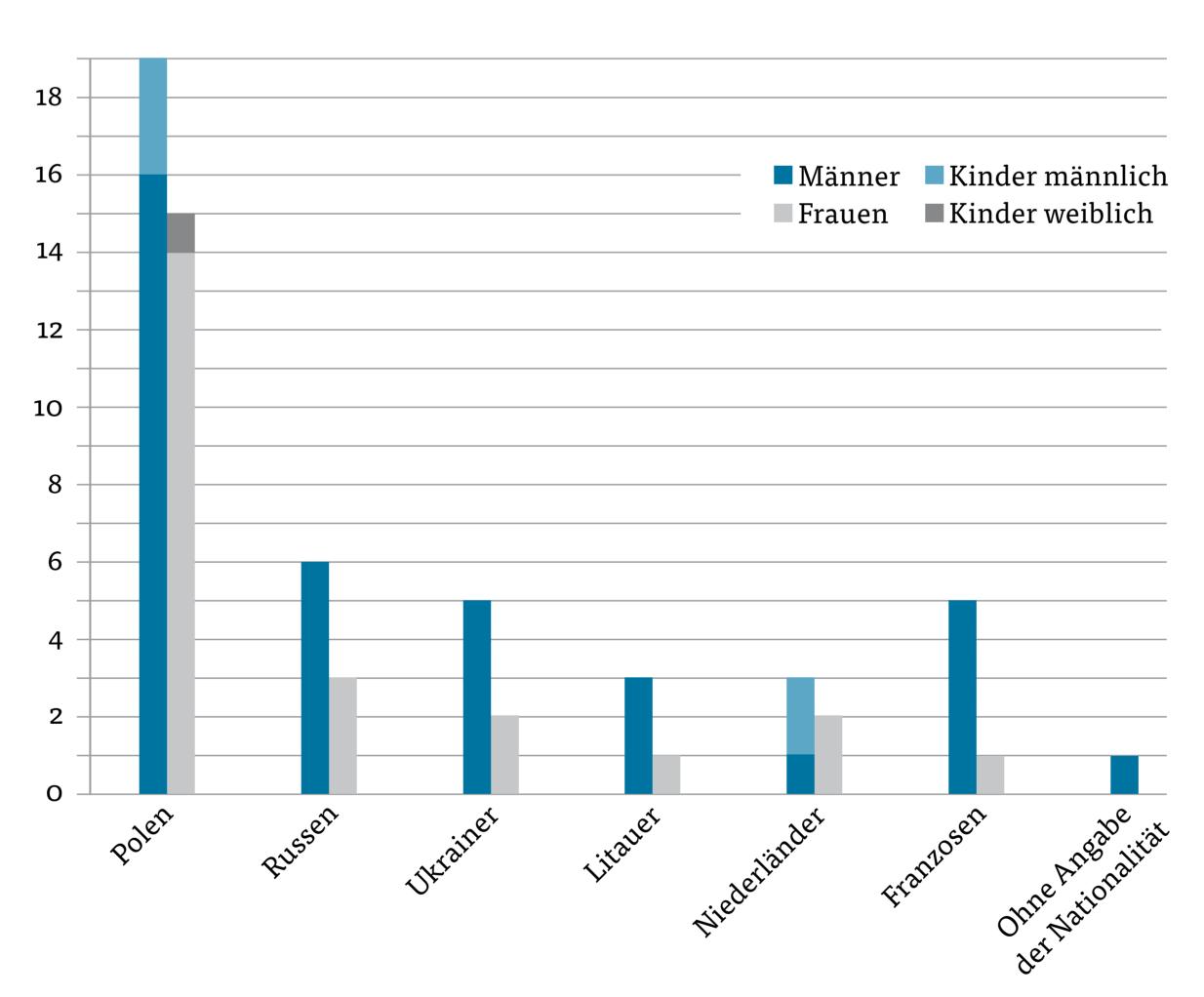
stammen von Jakob Feldmann und Lea Sigel.

Polnische Zwangsarbeiter

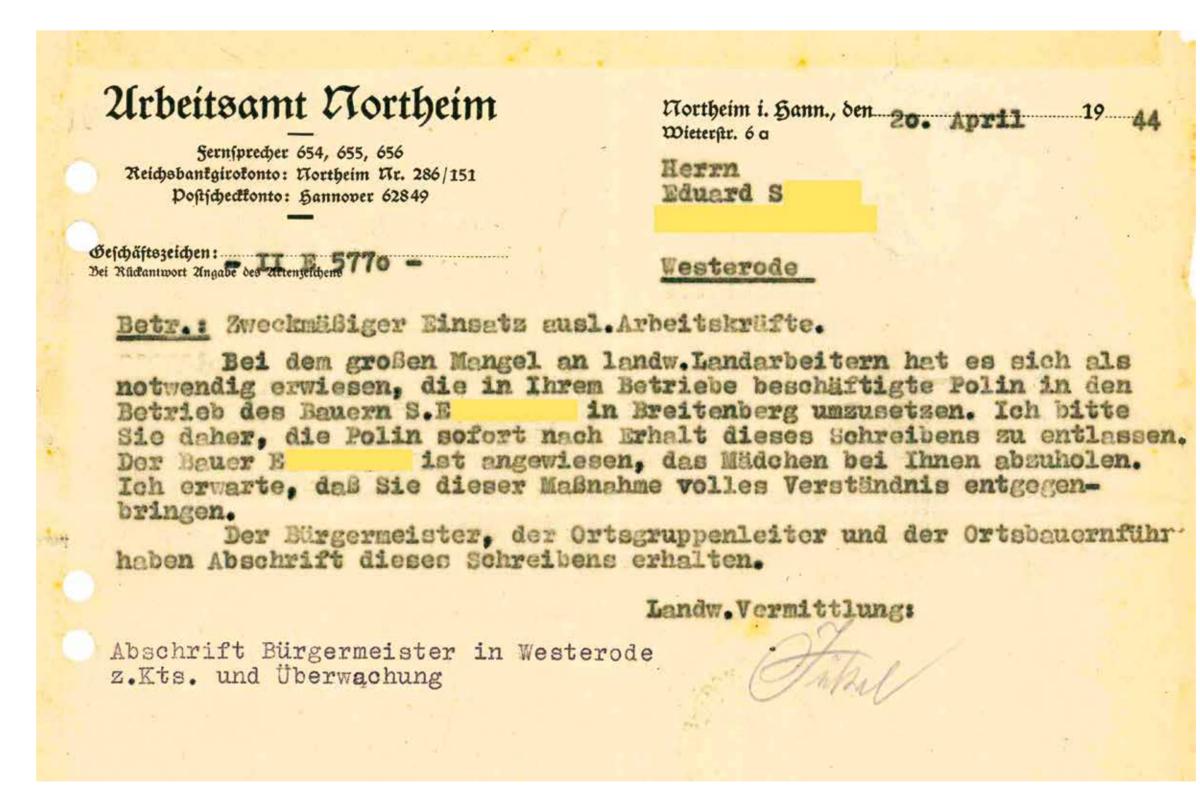
Die nationalistische Rassenideologie unterschied zwischen west- und osteuropäischen Zwangsarbeitern. Besonders schlecht behandelt wurden Menschen aus Polen und der Sowjetunion, die als "slawische Untermenschen" galten. Polen mussten zur Erkennung ein "P" gut sichtbar auf der Kleidung tragen. Ihnen war jeglicher Kontakt zu Deutschen verboten, sie durften öffentliche Verkehrsmittel nur mit besonderer Genehmigung benutzen und keine allgemeinen Gottesdienste besuchen. Freundlichkeit oder Mitleid waren ihnen gegenüber ausdrücklich untersagt. Systematische Ausbeutung, mangelnde Ernährung und schlechte bis menschenunwürdige Unterkünfte prägten die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter.

Auch in Westerode gab es Zwangsarbeit. Nach Aussage der Meldekartei waren insgesamt 66 Ausländer, darunter sechs Kinder, während des Zweiten Weltkriegs in Westerode gemeldet. Ein Ehepaar aus den Niederlanden, das mit zwei Kindern am 8. Dezember 1944 gemeldet wurde, gehört wahrscheinlich nicht zu den Zwangsarbeitern. Vielmehr könnte es sich um Niederländer handeln, die mit der deutschen Besatzungsmacht kollaboriert hatten und vor den vorrückenden alliierten Streitkräften nach Deutschland geflohen waren.

Verteilung der in Westerode gemeldeten Ausländer nach Nationalität und Geschlecht



Die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren völlig rechtlos. Sie wurden wie eine Verfügungsmasse zwischen den Arbeitgebern hin und hergeschoben. Das zeigen die Schreiben des Arbeitsamtes.



Quelle: Stadtarchiv Duderstadt, West Nr. 33

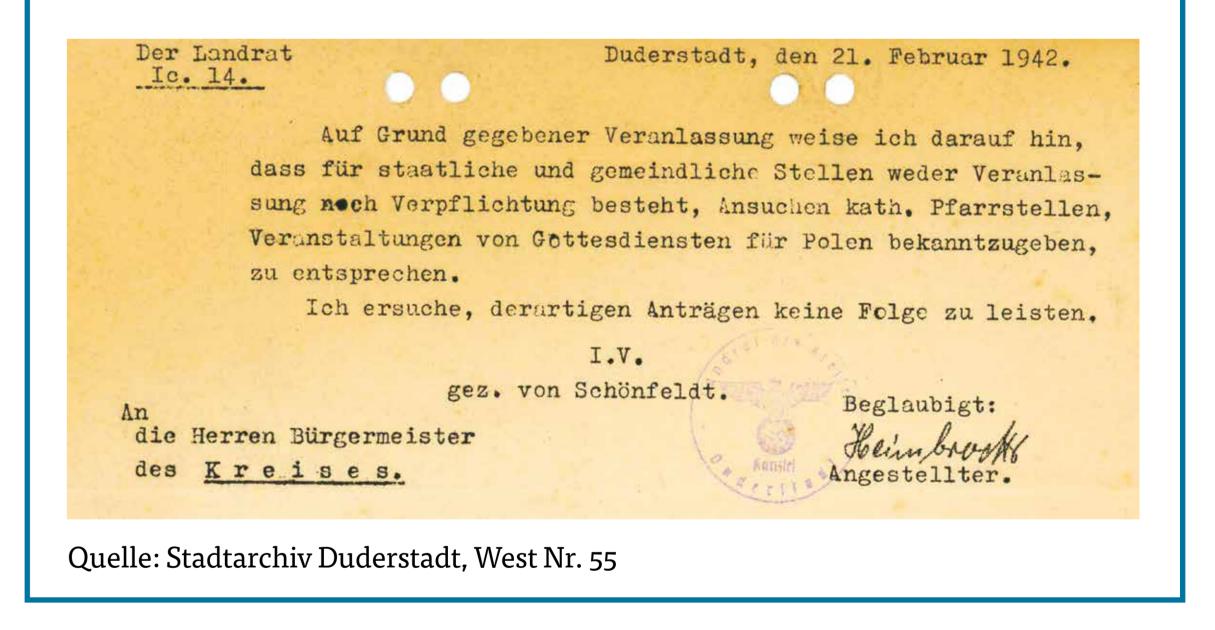
Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) Hannover veröffentlichte Ende 1942 ein "Merkblatt über die Behandlung der im Reichsgebiet eingesetzten fremdvölkischen Arbeitskräfte". Für "polnische Zivilarbeiter" galt: […]

- 3. Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie Fahrräder ist polnischen Zivilarbeitern nur mit besonderer Genehmigung der Ortspolizeibehörden gestattet.
- 4. Für polnische Arbeitskräfte bestehen Ausgehverbote. [...] In der Regel sind diese in den Sommermonaten für die Zeit von 22.00 bis 5.00 und in den Wintermonaten von 21.00 bis 6.00 festgesetzt. [...]
- 6. [...] Bei der Einnahme von Mahlzeiten sind polnische Arbeitskräfte von deutschen Volksgenossen zu trennen. Auch sonst ist der erforderliche Abstand von ihnen in jeder Hinsicht zu wahren. [...]
- 8. Jeder gesellige Verkehr der polnischen Arbeitskräfte mit Deutschen sowie auch der Besuch von Lokalen, Kinos und die Teilnahme an Veranstaltungen zugleich mit Deutschen ist verboten. [...]

10. Der allgemeine Kirchenbesuch ist für Polen verboten. [...]

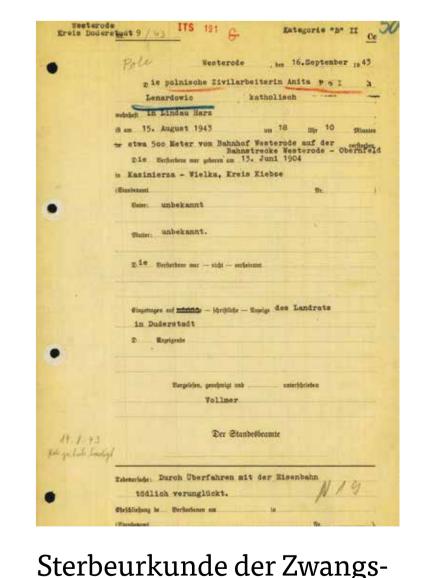
Quelle: Stadtarchiv Hannover

Gegen das Verbot des allgemeinen Kirchenbesuchs wurde im Landkreis Duderstadt wahrscheinlich verstoßen. Am 21. Februar 1941 schrieb der Landrat den Bürgermeistern des Landkreises:



Das Schicksal der polnischen Zwangsarbeiterin Anita Lenardowic

Ein besonders tragisches Beispiel für das Schicksal polnischer Zwangsarbeiterinnen liefert Anita Lenardowic. Sie wurde am 13. Juni 1904 in Kazimierza Wielka in der Nähe von Krakau geboren und während des Zweiten Weltkriegs nach Lindau am Harz verschleppt. Sie starb am 15. August 1943, als sie 500 Meter vom damaligen Bahnhof Westerode entfernt an der Eisenbahnstrecke nach Obernfeld von einem Zug überfahren wurde. Das Totenbuch der Kirchengemeinde Westerode



arbeiterin Anita Lenardowic. Quelle: Arolsen Archives

terode vermerkt: "Da begründeter Selbstmordverdacht, polizeilich beerdigt." Der Suizid von Anita Lenardowic spiegelt die Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung wider, die viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter angesichts ihrer Lebensumstände empfanden.

Westerode, im Dezember 2024



Diese Geschichts- und Erinnerungstafel ist im Rahmen eines Schulprojekts des Eichsfeld-Gymnasiums entstanden. Schülerinnen und Schüler aus dem Leistungskurs Geschichte haben sie im Schuljahr 2024/25 erarbeitet. Die Texte

Die Sparkasse Duderstadt und die Stadt Duderstadt haben das Projekt finanziert.

Sparkasse

Die Sparkasse Buderstadt und die Stadt Buderstadt haben das Frojekt infanziert.

Duderstadt

Besonderer Dank für Unterstützung gilt der Stadt Duderstadt, der Kirchengemeinde St. Johannes Baptist und Herrn

Engelbert Gatzemeier (Westerode).

Erinnern für die Zukunft – Arbeit für den Frieden

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. ist eine humanitäre Organisation. Er widmet sich hauptsächlich der Anlage und Pflege der Gräber von deutschen Kriegstoten im Ausland, betreut Angehörige in Fragen der Kriegsgräberfürsorge und unterstützt die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge. Als einziger Kriegsgräberdienst der Welt betreibt er eine eigenständige Jugendund Schularbeit. Ausgehend von den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt erfahren junge Menschen, dass Demokratie und Frieden nicht selbstverständlich sind, sondern das Engagement jedes Einzelnen erfordern. Weitere Informationen unter www.volksbund-niedersachsen.de